

Positionspapier Jugend und Nachhaltigkeit

November 2021



Inhaltsverzeichnis

1. Präambel	3
2. Ausgangslage	4
3. Konkrete Handlungsbereiche	6
3.1 Gesellschaft- und Wirtschaftspolitik	6
3.2 Klima- und Energiepolitik	7
3.3 Agrarpolitik und Biodiversität	8
3.4 Konsum und Ressourcen	9
3.5 Bildungspolitik	10
4. Forderungen	11
4.1 Umsetzung der SDGs	11
4.2 Gesellschaft- und Wirtschaftspolitik	12
4.3 Klima- und Energiepolitik	13
4.4 Agrarpolitik und Biodiversität	16
4.5 Konsum und Ressourcen	16
4.5 Bildungspolitik	17
5. Quellen und weiterführende Links	19



1. Präambel

„Wenn es um Nachhaltigkeit geht, drängt sich eine gesonderte Betrachtung der Jugend geradezu auf. Das Konzept der Nachhaltigkeit stellt die Frage nach der Zukunft, in der wir leben wollen. Und die Orientierung an der Zukunft sowie der Wunsch, diese selbst zu gestalten, ist ein wesentliches Merkmal der Jugend. Zugleich wird Jugend mit dem Anspruch der Erwachsenen konfrontiert, die gesellschaftliche Ordnung zu bewahren und weiterzutragen. Unter diesem doppelten Bezug lässt sich das Thema Nachhaltigkeit auch als eine Frage nach der Generationengerechtigkeit betrachten.“¹

Als gesetzlich verankerte Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich bringt sich die Bundesjugendvertretung (BJV) seit 2001 in alle politischen Bereiche ein, die für Kinder und Jugendliche unmittelbar relevant sind. Der Themenkomplex Nachhaltigkeit betrifft wie kein anderer unsere Lebensgrundlagen und insbesondere jene von Kindern und Jugendlichen. Da durch die ökologischen Fragen auch soziale aufgeworfen werden, finden sich in diesem Positionspapier² auch einige Forderungen aus bereits länger bestehenden BJV-Positionspapieren (bspw. Verteilungsgerechtigkeit, 2011) wieder.

Ohne alle Begriffe und Dokumente aufzugreifen, die mit dem Thema Nachhaltigkeit assoziiert werden können, spricht dieses Papier jene Bereiche an, in denen aus Sicht der BJV unter dem Leitgedanken **„Think global, act local“** dringend tiefgreifende Maßnahmen umgesetzt werden müssen.

Um globale Gerechtigkeit zu ermöglichen, müssen sich sowohl politische EntscheidungsträgerInnen als auch die Zivilgesellschaft in ihrem jeweiligen Einsatzbereich für nachhaltige Entwicklung stark machen. Die BJV nimmt ihre Vorbildrolle als Organisation ernst und hat deshalb bereits 2012, parallel zur Erarbeitung der ersten Auflage dieses Positionspapiers, einen **„Aktionsplan für mehr Nachhaltigkeit in der BJV“** verfasst. Der Aktionsplan wird jährlich evaluiert und adaptiert.³

Als inhaltliche Klammer, die alle Handlungsbereiche und Forderungen dieses Papiers umspannt, kann die UN-Kinderrechtskonvention (KRK) angesehen werden. Dabei gilt es, das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung besonders hervorzuheben: *„Die Kinder erben nicht nur die Verantwortung für die Erde, sondern sie stellen in vielen Entwicklungsländern auch fast die Hälfte der Bevölkerung. Außerdem sind Kinder sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrieländern überaus anfällig für die Auswirkungen der Umweltverschlechterung. Darüber hinaus sind sie auch sehr bewusste Verfechter des Umweltgedankens. Die besonderen Interessen der Kinder müssen bei dem partizipativen Ent-*

¹ Vgl. Tully/Krug, 2011, S.12

² 2012 hat die BJV anlässlich der UNO-Nachhaltigkeitskonferenz Rio+20 ein erstes Positionspapier zum Thema Nachhaltigkeit verfasst und beschlossen. 2017 wurde es von einer Projektgruppe überarbeitet und in einigen Punkten ergänzt. Ziel war es, auch auf aktuelle Entwicklungen wie das Paris-Abkommen und die Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals) eingehen zu können.

³ Der Aktionsplan für mehr Nachhaltigkeit in der BJV ist unter www.bjv.at/nachhaltigkeit zu finden.



scheidungsfindungsverfahren zu Umwelt- und Entwicklungsfragen voll berücksichtigt werden, damit die künftige Nachhaltigkeit aller zur Verbesserung der Umweltsituation ergriffenen Maßnahmen sichergestellt ist.“⁴

Nur wenn Kinder und Jugendliche aktiv und auf allen Entscheidungsebenen in die Konzipierung und Umsetzung politischer Maßnahmen eingebunden sind, kann nachhaltige Entwicklung gelingen. Das bedeutet auch, den sozialpartnerschaftlichen Status der BJV als Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen und sie bestmöglich in nationale und internationale Prozesse einzubinden.

2. Ausgangslage

Das Nachhaltigkeitsbarometer von Greenpeace Deutschland zeigt klar auf: *„Die hinter dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung stehenden Werte werden von einer sehr breiten Mehrheit der jüngeren Generation geteilt. Soziale, ökonomische und umweltbezogene Aspekte werden dabei gleichermaßen unterstützt. [...] Nachhaltigkeit wird nicht einfach als ein anderes Wort für Umwelt verstanden, sondern wird als systemisches Konzept verstanden. [...] Als Ankerdimension unter den Aspekten von nachhaltiger Entwicklung dient immer noch die Umwelt, der die höchste Wichtigkeit zugeschrieben wird. Vor die Wahl zwischen den Dimensionen von Nachhaltigkeit gestellt, landet die Umwelt jedoch deutlich hinter sozialen und ökonomischen Belangen. Dies zeigt, wie differenziert das Bild in den Köpfen der jüngeren Generation ist.“⁵*

Die BJV erachtet die im September 2015 von der Staatengemeinschaft beschlossenen Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs⁶) in diesem Sinne als einmalige Chance, globale Herausforderungen gemeinsam mit jungen Menschen zu bewältigen. Wesentlich ist, dass bei der Umsetzung der SDGs alle Staaten gefordert sein werden und eines der 17 Ziele explizit ihre gleichberechtigte, solidarische Partnerschaft beinhaltet. Ebenso zentral für die SDGs ist, dass weltweiter Fortschritt und Wohlstand mit sozialer Gerechtigkeit unter Einhaltung der ökologischen Grenzen unseres Planeten in Einklang gebracht werden müssen.

Leitend bei den SDGs ist neben den drei gleichberechtigten Säulen von Nachhaltigkeit (Soziales, Ökologie, Wirtschaft) ein neues Verständnis von Wohlstand und Entwicklung, das über reine BIP-Berechnungen hinausgeht. Darin liegt aus Sicht der BJV das größte Potenzial der SDGs für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel.

Eine weitere Errungenschaft ist der klare Fokus der SDGs auf Geschlechtergerechtigkeit und die besondere Berücksichtigung vulnerabler Gruppen, dazu gehören insbesondere Kinder, Jugendliche und Frauen. So weisen zahlreiche Ziele einen direkten und indirekten Bezug zu jungen Menschen auf; in sechs Bereichen wurden jugendspezifische

⁴ Vgl. Vereinte Nationen, Art. 25.12 der Agenda 21, 1992; ebenso Vereinte Nationen, Art. 6, 24 und 27 der Konvention über die Rechte des Kindes, 1990

⁵ Greenpeace: Nachhaltigkeitsbarometer 2015, S.3.

⁶ Vereinte Nationen: Sustainable Development Goals. New York, 25. September 2015



Ziele formuliert (Hunger, Bildung, Gender, Arbeit, Ungleichheit, Klimawandel).

Die SDGs sind kein völkerrechtlicher Vertrag, sondern eine Willensbekundung ohne Sanktionsmöglichkeiten. Das heißt: nur wenn ernst gemeinte nationale Anstrengungen unternommen werden und die globale Partnerschaft gelebt wird, wird es möglich sein, die ehrgeizigen Ziele zu erreichen.

Die BJV sieht in Österreich noch großen Handlungsbedarf, was die Umsetzung der SDGs betrifft – insbesondere wenn es um die Einbindung der Zivilgesellschaft geht, weil diese in den SDGs selbst als wichtige Basis verankert ist. Detaillierte Forderungen dazu finden sich in Kapitel 4.1 dieses Positionspapiers.

Das ebenfalls 2015 verabschiedete Klimaschutzabkommen von Paris spielt nicht nur im Bezug auf SDG 13 (= Maßnahmen zum Klimaschutz) eine wesentliche Rolle, es ist auch für die erfolgreiche Umsetzung der meisten anderen SDGs essentiell.

Das Abkommen kann aus Sicht der BJV ein entscheidender Wendepunkt für den Ausstieg aus dem fossilen Energiezeitalter und derzeit dominierenden Lebens- und Wirtschaftsweisen sein. Entscheidend wird einerseits sein, ob die Staaten zu ihrer Verantwortung stehen und einander bei der Realisierung der Maßnahmen unterstützen (Stichwort: Klimafinanzierung).

Andererseits braucht es bei den involvierten politischen Entscheidungsträger*innen die Einsicht, dass die vereinbarten Ziele (Begrenzung bzw. Eindämmung der globalen Erwärmung auf unter 2 bzw. 1,5 °C) mit den derzeit bekannten Klimaschutzplänen nicht zu erreichen sein werden und es deshalb einer Nachschärfung bedarf.

Wie der österreichische Beitrag zum Klimaschutz aussehen kann, ist in den Forderungen unter Abschnitt 3.2 bzw. 4.3 dieses Positionspapiers formuliert.



3. Konkrete Handlungsbereiche

Nachhaltige Entwicklung beginnt vielerorts im Kleinen und auf der individuellen Ebene. Sie braucht vor allem aber entsprechende Rahmenbedingungen. Darum zielen die nachstehenden Handlungsbereiche und die daraus abgeleiteten Forderungen auf strukturelle Veränderungen ab, für die politische und wirtschaftliche Weichenstellungen erforderlich sind. Voraussetzungen dafür sind ein klares politisches Bekenntnis zu umfassenden Reformen und der davon geleitete Einsatz entsprechender Budgetmittel.

3.1 Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik

Aus Sicht der BJV sind umfassende gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen notwendig, um die Trendumkehr in Richtung nachhaltige Entwicklung bewältigen zu können. Es braucht eine Sozial-Ökologische Transformation (SÖT)⁷. Die dazu erforderlichen Veränderungen betreffen also sowohl Gesellschaft und Wirtschaft als auch ökologische Dimensionen, weil in den strukturverändernden Prozessen der SÖT soziale, ökonomische und ökologische Ursachen und Wirkung komplex verwoben sind.

Für die SÖT ist es grundlegend,

- dass gemeinschaftlichem Handeln und Kooperation der Vorzug vor Konkurrenz und Wettbewerb gegeben wird.
- dass im Rahmen politischer Prozesse und Entscheidungen echte Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden.⁸
- dass entsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Freiräume geschaffen werden, die es allen Menschen ermöglichen, Verantwortung zu übernehmen und sich um die Gestaltung ihres Lebens und ihrer Umwelt zu kümmern.

Wie bereits aufgezeigt wurde, geht es bei Nachhaltigkeit um ökologische, ökonomische und soziale Fragen. Die Bewältigung von anstehenden Herausforderungen kann daher nur gelingen, wenn ökologische, ökonomische und soziale Maßnahmen umgesetzt werden. Dazu gehören auch bspw. eine Umstrukturierung von Arbeitszeit und eine Neubewertung von Arbeit, weil gerade umweltbewusstes Handeln anderen Lebensaufgaben, die die grundlegende Existenz sichern, nachgereiht wird und ökologisches Engagement von der Belastung in Schule oder Arbeit abhängt.⁹ Die Sozial-Ökologische Transformation trägt dem Rechnung.

⁷ Vgl. dazu: „Postwachstum und sozial-ökologische Transformation: Wege aus der multiplen Krise?“ Vortrag von Ulrich Brand im Rahmen der Ringvorlesung „Leben in Zeiten der Multiplen Krise“ im Wintersemester 2015/16 an der Uni Kassel: https://www.youtube.com/watch?v=hYksvhD1n_w&feature=youtu.be (insb. ab 00:44:00)

⁸ Vgl. BJV-Forderungen im „Positionspapier für mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen“. Download unter: www.bjv.at/beteiligung

⁹ Vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des Freiwilligen Engagements in Österreich, 2015. S.35f. sowie Kromer, Oberholzer, 2004



Konkrete Forderungen zur Sozial-Ökologischen Transformation, die sich aus Sicht der BJV ableiten lassen, finden sich in Kapitel 4.2 dieses Positionspapiers.

Ein Bereich, der auch in Österreich noch einiges an Entwicklungspotenzial aufweist, ist der des Sozialen Unternehmer*innentums. Die BJV begrüßt alle Bestrebungen, die gerade junge Menschen dabei unterstützen, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme unternehmerisch tätig zu werden.¹⁰

3.2 Klima- und Energiepolitik

Die Klimakrise und die Folgen der Erderhitzung waren noch nie zuvor so deutlich wie heute und bewegen vor allem junge Menschen sehr. Aktivist*innen, Expert*innen und die Zivilgesellschaft fordern von der Politik entschiedenes Handeln für Klimagerechtigkeit. Dazu gehört es auch Kostenwahrheit zu schaffen. Das heißt, dass umwelt- und klimabelastendem Handeln auf globaler Ebene ein Preis gegeben wird, den nicht die Allgemeinheit sondern die Verursacher*innen zu tragen haben. Klimaschädigendes Verhalten muss den Preis haben, den es auch für die Gesellschaft hat. Die Folgen der Erderhitzung sind bereits jetzt ungleich verteilt – zwischen globalem Norden und Süden¹¹ (Stichwort: Klima als Fluchtursache¹²) und zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Neben der sozialen und ökologischen Säule kommt bei der Klimakrise auch die ökonomische Säule ins Wanken: zahlreiche Studien belegen, dass Versäumnisse in der Klimapolitik massive Kosten zur Folge haben werden.¹³

Wie bereits eingangs erwähnt, gibt das Klimaschutzabkommen von Paris seit Dezember 2015 vor, welche Ziele weltweit erreicht werden sollen. Fest steht: Die bisherigen Maßnahmen und Pläne reichen bei weitem nicht aus, um die Ziele des Pariser Abkommens und der UN Agenda 2030 zu erfüllen. Was es braucht, ist eine langfristige, effektive Energie- und Klimastrategie, bei der alle relevanten Stakeholder (wesentlich auch die Zivilgesellschaft) eingebunden und in die Pflicht genommen werden.

Die drei größten Umweltschutzorganisationen Österreichs (WWF, Global 2000, Greenpeace) haben bereits 2015 ein Szenario für die Energiezukunft Österreichs¹⁴ entwickelt, an das viele Forderungen dieses Positionspapiers anknüpfen (vgl. Kapitel 4.3). Ein Aspekt dieses Energieszenarios ist das Thema Mobilität. Politik und Gesellschaft müssen künftig verstärkt durch Bewusstseinsbildung und Infrastruktur klimafreundliche und gesunde Formen der Mobilität, sowohl im Individual- als auch im öffentlichen Verkehr, forcieren. Dadurch kann es überdies zu gerechteren Bildungs- und Berufschancen und einer Attraktivierung des Lebens im ländlichen Raum, insbesondere für junge Menschen, kommen.

¹⁰ Vgl. respACT Austria – Austrian Business Council for Sustainable Development

¹¹ Vgl. Brandenburger Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationstage: Begrifflichkeiten Globaler Süden/Globaler Norden.

¹² Vgl. Brot für die Welt: Fluchtursache Klimawandel.

¹³ Vgl. Austrian Climate Research Programme: Die Auswirkungen des Klimawandels in Österreich: eine ökonomische Bewertung für alle Bereiche und deren Interaktion.

¹⁴ Vgl. WWF, Global 2000, Greenpeace: Energie- und Klimazukunft Österreich: Szenario für 2030 und 2050.



Für den massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs spricht neben der Schaffung von Arbeitsplätzen die Tatsache, dass die erhöhte Verfügbarkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln zu einer Steigerung der Nachfrage führt¹⁵. Die Trendwende im Bereich Mobilität wird jedoch nur dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn Angebote des öffentlichen Verkehrs auf die tatsächlichen Bedürfnisse von potenziellen NutzerInnen zugeschnitten sind. Dies kann gelingen, wenn es bei der Lösungsfindung zur Einbindung Betroffener und insbesondere Jugendlicher kommt¹⁶.

Die BJV gehört von Beginn an zu den UnterstützerInnen des Klimavolksbegehrens. Die Forderungen des Klimavolksbegehrens wurden (so sie nicht bereits enthalten waren) in dieses Papier übernommen (vgl. Kap. 4.3).

3.3 Agrarpolitik und Biodiversität

Die BJV erachtet das Konzept der Ernährungssouveränität als zukunftsweisend, um auch im landwirtschaftlichen Bereich den Weg der nachhaltigen Entwicklung einzuschlagen.¹⁷ Nach dem Prinzip der Ernährungssouveränität werden die Art und Weise der Produktion, der Verteilung und des Konsums unter Einbezug aller relevanten Interessensgruppen gemeinsam festgelegt. Lebensmittel werden vorrangig lokal produziert, gehandelt und konsumiert. Direkte Beziehungen zwischen Produzent*innen und Konsument*innen werden gefördert, wodurch gegenseitige Wertschätzung, Respekt und Solidarität entstehen.¹⁸

In den letzten Jahren entwickelten sich immer mehr Initiativen und Projekte basierend auf Ernährungssouveränität. Lebensmittelkooperativen, Höfe und Verteilsysteme, die von Konsument*innen und Produzent*innen gemeinsam geführt werden, sowie der Trend zum Selbstanbauen von Gemüse zeugen von konkreten Gegenentwürfen. Damit diese aber für breite Teile der Gesellschaft Bedeutung erlangen können, braucht es dementsprechend förderliche Rahmenbedingungen (siehe Abschnitt 4.4), für die politische Weichenstellungen notwendig sind.

Biodiversität ist die Grundlage jeden Lebens und unabdingbar bei der Bewältigung globaler, gesellschaftlicher Herausforderungen, wie etwa Klimawandel und Hungerkrisen. Ebenso trägt die genetische Vielfalt innerhalb einzelner Arten entscheidend dazu bei, dass zukünftig ausreichend Nahrung und natürliche Rohstoffe zur Verfügung stehen. Derzeit sind zu viele Arten von der Ausrottung bedroht. Um diese Entwicklung zu stoppen, in der menschengemachte Faktoren, wie Habitatverlust, das Eindringen fremder Arten in ein Ökosystem ohne natürliche Feinde oder land- und forstwirtschaftliche Monokulturen eine zentrale Rolle spielen, braucht es eine Viel-

¹⁵ Vgl. Verkehrsclub Österreich, Wiener Stadtwerke

¹⁶ Vgl. BMNT, Studie „Jugend-Stil in die Verkehrsplanung“, 2009, sowie Leitfaden „Jugendmobilität“, 2009, zur Beteiligung junger Menschen im Bereich Mobilität

¹⁷ Auch an diesem Thema zeigt sich, wie verschränkt ökologische und soziale Fragen sind: Wenngleich in Österreich Armut selten mit Hunger assoziiert wird, so ist dennoch durch statistische Erhebungen belegt, dass Ernährung neben Wohnen und Energie einer der Hauptposten im Haushaltsbudget von armutsbetroffenen Menschen ist. Vgl. Armutskonferenz: Ernährungssouveränität und Recht auf Nahrung.

¹⁸ Vgl. AgrarAttac: Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität!



zahl ambitionierter Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene. Entsprechende Forderungen der BJV zu diesem Themenbereich finden sich in Abschnitt 4.4.

3.4 Konsum und Ressourcen

Wenn Nachhaltigkeit als Lebens- und Wirtschaftsstil zum Normalfall werden soll, bedeutet das, dass Gewohnheiten in den Blick genommen und gegebenenfalls geändert werden müssen. Denn: *Konsum ist ökonomischer Sachverhalt und soziale Tatsache*, er ist etwas *Lebensalltägliches*¹⁹. Soziale Anerkennung und sozialer Status sind in der gesamten Gesellschaft (und nicht nur unter jungen Konsument*innen) **mit den „richtigen“ Produkten bzw. damit, sich diese leisten zu können**, verbunden²⁰. Konsum bedeutet vielfach nicht einfach nur die Deckung eines konkreten Bedarfs, sondern Leben im Überfluss. Besonders deutlich wird das beim Thema Lebensmittel. Die steigende Zahl an Sozialmärkten, in denen Restwaren an Bedürftige abgegeben werden, verdeutlicht die Verknüpfung von ökologischen und sozialen Fragen. Sie basieren ganz klar auf dem Prinzip des Überflusses. Aus Sicht der BJV muss es jedoch darum gehen, dass Lebensmittel für alle Menschen leistbar sind und der Überproduktion entgegenwirkt wird. Letztlich sind Sozialmärkte eine Symptombehandlung und bergen noch dazu das Risiko der Stigmatisierung von Menschen.²¹

Ebenso selbstverständlich wie Konsum selbst erscheinen seine Begleiterscheinungen Ressourcenverbrauch und Abfall: Die Menge an Abfällen aus den privaten Haushalten Österreichs ist nach wie vor steigend²². Zudem landen jährlich bis zu 157.000 Tonnen (teils verpackter) Lebensmittel im Müll – mit dieser Menge würden 500.000 Menschen ein halbes Jahr lang auskommen können²³. Derzeitiges Konsumverhalten steht in Widerspruch zum sorgsamem Umgang mit natürlichen Ressourcen. Lebensmittel, die weggeworfen werden, belasten nicht nur die Umwelt, sondern stellen auch ein soziales Problem dar.

Die viel zitierte Macht der Konsument*innen endet aber dort, wo Gebrauchsgegenstände (mitunter absichtlich) so produziert werden, dass ihre relativ kurze Lebensdauer oder hohe Reparaturkosten zu einem Neukauf führen. Zwar gibt es hierzu bereits Gesetze und Bestimmungen, jedoch mangelt es an der Umsetzung und wirksamen Sanktionen.

Damit sich Konsum und Ressourcenverbrauch nicht zulasten künftiger Generationen auswirken und die derzeit bestehende Kluft zwischen globalem Norden und Süden²⁴ geschlossen werden kann, braucht es neben Veränderungen im individuellen Kons-

¹⁹ Vgl. Tully, 2011, S. 51

²⁰ Vgl. Tully, 2012, S. 54f

²¹ Vgl. Armutskonferenz: Ernährungssouveränität und Recht auf Nahrung

²² Vgl. Ministerium für ein lebenswertes Österreich, Bundes-Abfallwirtschaftsplan, 2017

²³ Vgl. Ministerium für ein lebenswertes Österreich, Lebensmittel auf den Teller statt in die Tonne

²⁴ Vgl. Brandenburger Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationstage: Begrifflichkeiten Globaler Süden/Globaler Norden.



umbewusstsein und dem konkreten Konsumverhalten v.a. ein Umdenken von politischen Entscheidungsträger*innen und wirtschaftlichen Akteur*innen. Welche konkreten Maßnahmen die BJV für eine Trendumkehr als erforderlich erachtet, ist in Kapitel 4.5 ersichtlich.

3.5 Bildungspolitik

Globale ökonomische, soziale, politische, ökologische und kulturelle Entwicklungen sind untrennbar mit unserem Alltag verbunden und bringen ambivalente Folgen mit sich: einerseits ergeben sich daraus Chancen (wie bspw. neue Kontakte, Austausch), andererseits werden Zusammenhänge immer komplexer, was zu Unsicherheiten und Abwehrreaktionen führen kann.²⁵

Bildung ist, was Nachhaltigkeit betrifft, daher ein Querschnittsthema, das alle Bereiche betrifft und für alle Altersgruppen und gesellschaftlichen Schichten relevant ist. Bildung hat die Aufgabe, (junge) Menschen zu befähigen, weltweite Zusammenhänge und Entwicklungen zu verstehen und als gestaltbare Prozesse wahrzunehmen.²⁶

Beim Ansatz des Globalen Lernens²⁷, den die BJV forciert, knüpft Bildung an der Lebenswelt von (jungen) Menschen an. Die Beteiligung der Lernenden an der Umsetzung des jeweiligen Bildungsangebots ist ein wesentliches Merkmal von Globalem Lernen. Bildung muss aus Sicht der BJV v.a. ein Weg zu mehr Chancengerechtigkeit sein und zu Beteiligung ermächtigen.

Bildungspolitische Maßnahmen braucht es sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich sowie in Betrieben, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, mit besonderem Fokus auf Pädagog*innen, Multiplikator*innen und politische Entscheidungsträger*innen. Damit nachhaltige Entwicklung und globale Solidarität in der gesamten Gesellschaft zu greifen beginnen, muss derzeit Bestehendes, wie das Unterrichtsprinzip Bildung für nachhaltige Entwicklung²⁸ und die Strategie Globales Lernen²⁹, verstärkt und das Fach Politische Bildung in allen Schulformen eingeführt werden³⁰. Letztendlich braucht es aus Sicht der BJV jedoch eine umfassende Reform des Bildungssystems. Die dahingehenden Forderungen der BJV finden sich in einem eigenen Positionspapier.³¹

²⁵ Vgl. Global Education Week

²⁶ Vgl. Strategie Globales Lernen

²⁷ Vgl. Global Education Week

²⁸ Vgl. Bundesministerium für Bildung: Umweltbildung.

²⁹ Vgl. Strategie Globales Lernen

³⁰ Vgl. Positionspapier „Politische Bildung“, 2013

³¹ Vgl. Bundesjugendvertretung, Positionspapier „(Vor-)Schulische Bildung“, 2008



4. Forderungen

Die BJV fordert mit diesem Positionspapier alle Entscheidungsträger*innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf, die nachstehenden Punkte im lokalen und globalen Kontext entschieden zu vertreten und zu ihrer Umsetzung beizutragen³².

4.1 Umsetzung der SDGs | Die BJV fordert:

Die meisten dieser Forderungen wurden von der AG Globale Verantwortung in Form eines öffentlichen Briefs an die Bundesregierung formuliert. Die BJV hat diesen Brief gemeinsam mit 143 anderen NGOs, darunter zahlreiche Jugendorganisationen, im Jänner 2017 unterzeichnet.³³

- Klare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten:
 - Öffentliches Bekenntnis zu den SDGs auf höchster politischer Ebene (Regierungsspitze und zuständige Minister*innen)
 - Klare Festlegung der Verantwortlichkeiten für die SDG-Umsetzung aller politisch verantwortlichen Akteur*innen auf allen Ebenen (Bund, Länder und Gemeinden)
 - Ernennung einer/eines hochrangigen SDG-Beauftragten mit personell angemessen ausgestatteter Koordinationsstelle
 - Schaffung eines strukturierten und themenübergreifenden Prozesses zur Behandlung der SDGs im Parlament
- Bestandsaufnahme zu Beginn des Umsetzungsprozesses unter Miteinbeziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft:
 - Durchführung einer umfassenden Bestandsaufnahme (qualitativ und quantitativ) und Ermittlung des daraus resultierenden Handlungsbedarfs unter Einbindung von Stakeholdern
 - Veröffentlichung der Bestandsaufnahme, der Lückenanalyse und der potentiellen Wechselwirkungen zwischen den Zielen
- Gesamtstrategie zur Umsetzung der SDGs, die konkrete Maßnahmen enthält:
 - Erstellung einer übergeordneten SDG-Strategie, welche den bisherigen Mainstreaming-Ansatz mit der oben erwähnten Lückenanalyse verknüpft
 - Festlegung spezifischer, messbarer, relevanter und zeitlich umsetzbarer Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene
 - Verknüpfung des SDG-Umsetzungsplans mit der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens

³² Vgl. Vereinte Nationen, Art. 25.2 der Agenda 21, 1992

³³ Vgl. AG Globale Verantwortung: SDGs umsetzen – gemeinsamer Brief von 144 Organisationen an die Bundesregierung



- Partizipation:
 - Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in allen relevanten Bereichen (insbesondere Entwicklung, Umwelt, Soziales, Menschenrechte etc.)
 - Festlegung eines barrierefreien Partizipationsmechanismus für die systematische Einbindung von Stakeholdern sowie dessen Anbindung an die existierende interministerielle SDG-Arbeitsgruppe
 - Etablierung eines Stakeholder-Beirats bestehend aus Expert*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und weiteren relevanten Bereichen, Einbeziehung der BJV als Interessenvertretung junger Menschen
 - Niederschwellige Informations- und Partizipationsangebote, insbesondere für junge Menschen im schulischen und außerschulischen Bereich
- Berichterstattung, Rechenschaft, Transparenz:
 - Veröffentlichung aller relevanten Informationen zur österreichischen SDG-Umsetzung und Kommunikation von Zielen, Maßnahmen und Plänen
 - Monitoring und Evaluation der Umsetzungsstrategie unter Einbindung von Stakeholdern
 - Regelmäßige (z.B. jährliche) Berichterstattung über bisherige Fortschritte und zukünftige Pläne an Parlament und Öffentlichkeit, mit Einbindung von Stakeholdern

4.2 Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik | Die BJV fordert:

Viele dieser Forderungen stammen aus den Positionspapieren „Verteilungsgerechtigkeit“ (2011), „Pensionen“ (2016) und „Armut“ (2016).³⁴

- Globale Durchsetzung eines Privatisierungsverbots von öffentlichen Gütern und Beseitigung sozialer Ungleichheiten auf lokaler und globaler Ebene durch gleichberechtigten nachhaltigen Zugang zu natürlichen Ressourcen, wie bspw. Wasser, Energie, öffentlicher Verkehr, medizinische Versorgung
- Arbeitszeitverkürzung (auch bezogen auf die Lebensarbeitszeit; bspw. durch freiwillig gewählte Teilzeit, Reduktion auf 35 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich für kleine und mittlere Einkommen, Verringerung der effektiven Wochenarbeitszeit, leichter Zugang zur sechsten Urlaubswoche)
- Sonderfreistellung für freiwilliges Engagement im Ausmaß von 5 Arbeitstagen
- Einführung einer universellen, einkommensunabhängigen Kindergrundsicherung
- Schaffung eines Karenzmodells, das eine gleichberechtigte Aufteilung der Karenzzeit zwischen Müttern und Vätern fördert

³⁴ Alle Positionspapiere der BJV stehen unter www.bjv.at zum Download zur Verfügung.



- Offenlegung aller Gehälter sowie konkrete Sanktionen bei Ungleichbezahlung von Männern und Frauen unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte
- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit
- Höhere Einstiegsgehälter und Abflachung der Lohnkurve
- Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierbarkeit des Pensionssystems
- Durchsetzung der Einhaltung von Mindestlöhnen durch wirksame Sanktionen für Arbeitgeber*innen
- Sensibilisierung für flexible Arbeitszeitmodelle, die auf dem gegenseitigen Einvernehmen von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen basieren
- Umsetzung einer bundesweit einheitlich geregelten, bedarfsorientierten Mindestsicherung im Sinne einer grundrechtsorientierten, bürger*innen-freundlichen Sozialleistung, die den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt unterstützt
- Zusätzliche Besteuerung nicht erneuerbarer Ressourcen
- Steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit
- Abschaffung der kalten Progression, indem die Tarifstufen und alle Absetz- und Freibeträge jährlich an die Inflation angepasst werden
- Beibehaltung der KöSt bei 25 Prozent
- Unterstützung von Social Entrepreneurship und nachhaltigen Social Start-ups

4.3 Klima- und Energiepolitik | Die BJV fordert:

Bei vielen dieser Forderungen stützen wir uns auf die Expertise von WWF, Global 2000 und Greenpeace, die Szenarien für die Energiezukunft Österreichs entwickelt haben.³⁵ Auch die Forderungen des Klimavolksbegehrens werden von der BJV mitgetragen und finden sich deshalb nachfolgend.

- Formulierung einer langfristigen, effektiven Energie- und Klimaschutzstrategie unter Einbeziehung aller relevanten Stakeholder, darunter auch die BJV
- Verankerung des Klimaschutzes in der Bundesverfassung sowie im einfachen Bundesrecht: Das heißt, dass bei allen neuen Gesetzen und Verordnungen eine wissenschaftliche und transparente Folgenabschätzung für Klima-, Umwelt- und Artenschutz durchgeführt werden soll.
- Die längst überfällige Schaffung eines zukunftsfähigen Klimaschutzgesetzes und dessen zügige Umsetzung
- Ausstieg aus Öl, Kohle und Gas als Staatsziel sowie bis 2030 das Erreichen von 100 Prozent Ökostrom: Verankerung im Ökostromgesetz, forschungs- und innovationspolitische sowie regulatorische und ökonomische Maßnahmen
- Freisetzung schädlicher Treibhausgase: Halbierung bis 2030, Stopp bis spätes-

³⁵ Vgl. WWF, Global 2000, Greenpeace: Energie- und Klimazukunft Österreich: Szenario für 2030 und 2050.



tens 2050. Um dieses Ziel zu erreichen, muss ein entsprechendes Klimaschutzgesetz ein verbindliches CO₂-Budget für Bund, Länder, Gemeinden und Sektoren vorgeben.

- Eindämmung von Methangas-Austritten: Weil Methangas bis zu 80-fach klimaschädlicher ist als CO₂, braucht es dringend Regelungen auf EU-Ebene, die verpflichtend festlegen, wie Methanlecks gemessen, gemeldet und repariert werden müssen. Zudem fordern wir ein gesetzliches Verbot des routinemäßigen Ablassens oder Abfackelns von Methan.
- Investitionen in fossile Infrastruktur müssen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene grundsätzlich und so rasch wie möglich gestoppt werden.
- Einführung einer zukunftsfähigen und sozial gerechten Klimasteuer auf Treibhausgasen, bei der eine jährliche Anhebung vorgesehen sein muss. Der Einstiegspreis für Emissionen, die nicht vom europäischen Emissionshandel betroffen sind **wie in den Bereichen Verkehr und Gebäude, sollte bei mindestens 50 € pro Tonne CO₂ liegen und bis 2030 auf mindestens 180 € pro Tonne CO₂ ansteigen.**

Die Einnahmen daraus sollen wirksam und fair verteilt werden. Wir bekennen uns zu einem Klimabonus, der sowohl die Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Raum ausgleicht als auch sozial gerecht ist.

- Neben der Rückerstattung in Form eines fairen Klimabonus sollen die Mehreinnahmen lokal und sichtbar klimafreundlich investiert werden, unter anderem in nachhaltige Infrastruktur, Energie und Verkehr. Diese sollen für alle zugänglich gemacht werden.
- Die Verwendung der Einnahmen soll transparent gestaltet sein. Außerdem muss es Planungssicherheit geben; Es ist wichtig zu wissen, wie es nach 2026 weitergeht.
- Begleitend zum Klimabonus, der derzeit lediglich an den Faktor Mobilität gekoppelt ist, fordern wir eine österreichweite Sanierungsoffensive, die von Bund und Ländern getragen ist und die sowohl öffentliche als auch private Projekte miteinbezieht und von der vor allem einkommensschwächere Haushalte profitieren.
- Konsequente Einschränkung bzw. Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen unter besonderer Berücksichtigung von direkt und indirekt klimaschädlichen Maßnahmen: u.a. EU-weite und globale Abschaffung der Kerosinsteuerbefreiung, Abschaffung der Diesel- und Dienstwagenprivilegien, weitestgehende Aufhebung der KFZ-Steuerbefreiungen (Ausnahme: notwendige KFZ für Menschen mit körperlichen Behinderungen). Umweltschädliche Subventionen transparent darstellen und bis Ende 2021 ein Ausstiegsszenario festlegen. Die rasche Herstellung von entsprechenden Entscheidungsgrundlagen (= konkrete Zahlen), wozu es eine bessere Abstimmung zwischen den Ressorts (BMKU/EMIT, BMF) braucht.
- Energieeffizienz bei Gebäuden: Senkung des Energiebedarfs für Raumwärme und Kühlung von Gebäuden auf weniger als die Hälfte des heutigen Bedarfs, neue Programme zur Sanierung, entsprechende Standards **bei Neubauten („Nahe-Null-Emissionen“)**, Fokussierung auf dezentrale Energieerzeugung, Ausbau von gebäu-



deintegrierter Photovoltaik

- Die CO₂-Bepreisung muss bei den Vermieter*innen ansetzen, nicht bei den Mieter*innen. Wir fordern eine „**Heizkesseloffensive**“.
- Leistbare, umwelt- und gesundheitsfreundliche Mobilität:
 - flächendeckender Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie von attraktiven und sicheren Rad- und Fußwegen,
 - Ausrichtung des Ausbaus an Mindeststandards für alle Orte und Städte,
 - Gesamtstrategie zur Dekarbonisierung des Verkehrs mit starker BürgerInnen-Beteiligung im Planungs- und Umsetzungsprozess (Förderung von alternativen Antrieben und größtmögliche Verlagerung des Verkehrsaufkommens auf den öffentlichen Verkehr und die Schiene),
 - Ausbau der Angebote im öffentlichen Verkehr gezielt für Jugendliche und insbesondere im ländlichen Raum,
 - Öffi-Ausbau-Offensive für schlecht angebundene Regionen und Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Pendler*innen (bspw. Zugfahrtzeit als Arbeitszeit nutzen und verbuchen zu können),
 - Investitionen in Forschung, Förderung und Entwicklung zukunftsfähiger Technologien und unterstützender Initiativen, um den Anteil an emissionsarmen und gemeinschaftlich genutzten Fahrzeugen zu steigern
 - Einführung eines modularen Systems für ein bundesländerübergreifendes bzw. österreichweites Ticket für öffentliche Verkehrsmittel
- Umstellung der Ernährung in Richtung regionaler und saisonaler Lebensmittel mit geringem ökologischem Fußabdruck (u.a. bei öffentlichen Einrichtungen, Kantinen, Schulbuffets sowie Veranstaltungen) (siehe auch Abschnitt 4.4)
- Neuausrichtung der Landwirtschaft im Sinne einer naturnahen und nachhaltigen Produktionsweise und verstärkter Förderung von klein strukturierten Betrieben
- Verdopplung der öffentlichen Zuschüsse für die österreichischen Programme im Rahmen der Klimafinanzierung auf 150 Mio. Euro jährlich
- Finanzielle und technische Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, Leistung eines angemessenen Beitrags zum Green Climate Fund
- Katastrophenschutz/-einsätze: Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse für Organisationen, die international im Bereich Katastrophenschutz/-einsätze tätig sind
- Ausbau der Forschung und Nutzung zu erneuerbaren Energiequellen (Wind, Fotovoltaik, Biomasse, Wasser)



4.4 Agrarpolitik und Biodiversität | Die BJV fordert:

- Anerkennung des Rechts auf Ernährungssouveränität im Sinne der Selbst- bzw. Mitbestimmung von VerbraucherInnen und ProduzentInnen über die Landwirtschafts- und Lebensmittelpolitik.
- Entwicklung und Förderung von Initiativen lokaler Lebensmittelproduzent*innen und Konsument*innen, wodurch einerseits alternative Verkaufsmöglichkeiten und andererseits erschwingliche gute und gesunde Lebensmittel ermöglicht werden (z.B. Community Supported Agriculture, Food Coops, Direktvermarktung ab Hof, lokale Bauernmärkte)
- Schutzgebiete:
 - **Einrichtung eines Nationalparks „March-Thaya-Auen“**
 - Ausweitung der finanziellen Mittel für Management und naturgerechte Erhaltung der Natura 2000-Gebiete
- Effektive Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung sämtlicher Fischbestände sowie konsequente Umsetzung der Maximum Sustainable Yield-Fischerei³⁶ innerhalb der EU
- Umsetzung eines EU-weiten Verkaufsverbots für Fisch, der nicht aus nachhaltigem Fischfang stammt, sowie Verstärkung von bewusstseinsbildenden Maßnahmen für ProduzentInnen und KonsumentInnen
- Erreichung eines höheren Maßes kulturlandschaftlicher Biodiversität durch die Förderung von Land- und Forstwirtschaft, die an Ökosysteme angepasst sowie umweltverträglich, kleinstrukturiert und naturnah arbeitet
- Förderung nachhaltiger Waldbewirtschaftung und Wiederaufnahme von entwaldeten bzw. desertifizierten Flächen in einen nachhaltigen Bewirtschaftungskreislauf
- Berücksichtigung der Biodiversität beim Ausbau von Einrichtungen zur Energiegewinnung
- Förderung von Projekten, die auf hohe Artenvielfalt abzielen und Bodenerosion stoppen, insbesondere in Entwicklungsländern

4.5 Konsum und Ressourcen | Die BJV fordert:

- Ausbau von bedürfnisorientierten Mengenangeboten, um insbesondere der Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken (Eindämmung von Großpackungsaktionen wie „Kauf mehr, Zahl weniger, 2+1 gratis“)
- Schaffung von Informationstools für KonsumentInnen, um nachhaltige Produkte

³⁶ Das bedeutet: Höchstmöglicher Dauerertrag – Der größte Fang, der einer Art über einen bestimmten Zeitraum hinweg entnommen werden kann. Er wird in Tonnen gemessen.



- leichter erkennen und auswählen zu können (bspw. Informationen zu CO₂-Bilanz, Recyclingfähigkeit/-grad)
- Einführung der Herkunftskennzeichnung auf allen Lebensmitteln, auch für verarbeitete Lebensmittel
 - Förderung des Angebots an leistbaren, nachhaltigen, regionalen und saisonalen Lebensmitteln
 - Reduktion der weggeworfenen Lebensmittel durch Weitergabe (z.B. an karitative Einrichtungen)
 - Einführung eines Pfandsystems für alle Getränkedosen und Plastikflaschen; generelle Förderung nachhaltiger Verpackungen in Verkauf und Produktion sowie Ausweitung bestehender Pfandsysteme
 - Investitionen in die Erforschung und Entwicklung biogener Materialien (bspw. Netzsäcke aus Naturfasern, Holzschliffverpackungen)
 - Flächendeckende Vereinheitlichung und Bereitstellung von gut erreichbaren Abfalltrennsystemen im öffentlichen Raum sowie in öffentlichen Einrichtungen; bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen: vertragliche Verpflichtung von Reinigungsfirmen zur Abfalltrennung und ggf. Sanktionierung bei Vertragsbruch
 - Selbstverpflichtung Österreichs zu einer nachhaltigeren Gesellschaft mit vermindertem Abfallaufkommen dank vermehrter Förderung der Wiederverwertung von Produkten, der Reduzierung von Verpackungsmaterialien sowie der Förderung von Reparaturmöglichkeiten; öffentlichen Einrichtungen und Institutionen kommt dabei eine VorreiterInnen-Rolle zu
 - Schließen von Stoffkreisläufen in allen Wirtschaftsbereichen

4.6 Bildungspolitik | Die BJV fordert:

Die Forderungen der BJV zur Bildungspolitik reichen weit über diese spezifischen Forderungen hinaus und sind vor allem in den Positionspapieren „(Vor-)Schulische Bildung“ (2008) und „Politische Bildung“ (2013) zu finden.³⁷

- Intensivierung der Maßnahmen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und zum Globalen Lernen in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen, PädagogInnen-Ausbildungen sowie öffentlichkeitswirksame Kampagnen; hierfür braucht es eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Ministerien und Institutionen im Bildungsbereich (insbesondere zuständige Ministerien für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Nachhaltigkeit, Land- und Forstwirtschaft sowie Bildungsdirektionen)
- Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung bzgl.
 - Ressourcenverbrauch (auch: Ernährung und Konsum)

³⁷ Vgl. BJV-Positionspapiere zum Thema unter www.bjv.at/bildung



- Abfallvermeidung in sämtlichen öffentlichen Bildungseinrichtungen sowie im außerschulischen Bereich
 - ganzheitliche Ökologisierung von Bildungsstandorten
- Einführung des Fachs Politische Bildung in allen Schulformen ab der 5. Schulstufe
- die stärkere Verankerung von BNE und Globalem Lernen im Fach und Unterrichtsprinzip Politische Bildung, um soziale Kompetenzen, Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewusstsein sowie Naturerfahrungen zu vermitteln; die Basis dafür sollte interdisziplinäres und partizipatives Lernen mit Gestaltungsautonomie und praxisnahen Einheiten sein
- Ausbau von Förderungen für Bildungsprojekte in der außerschulischen Jugendarbeit, die BNE bzw. Globales Lernen umsetzen



5. Quellen und weiterführende Links

AG Globale Verantwortung: *SDGs umsetzen – gemeinsamer Brief von 144 Organisationen an die Bundesregierung*. <http://www.globaleverantwortung.at/144-ngos-fordern-die-bundesregierung-auf-sdgs-jetzt-umsetzen> [zuletzt aufgerufen: 03.03.2017]

AgrarAttac: *Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität!* http://www.xn--ernhrungssouvernitt-iwbmd.at/wp-content/uploads/2014/01/Broschuere_ES_2.Auflage_WEB.pdf [zuletzt aufgerufen: 03.03.2017]

Allianz „Wege aus der Krise“: *Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2013*. <http://www.wege-aus-der-krise.at> [zuletzt aufgerufen: 03.03.2017]

Armutskonferenz: *Ernährungssouveränität und Recht auf Nahrung*. <http://www.armutskonferenz.at/themen/ernaehrung/ernaehrungssouveraenitaet-und-recht-auf-nahrung.html> [zuletzt aufgerufen: 07.03.2017]

Austrian Climate Research Programme: *Die Auswirkungen des Klimawandels in Österreich: eine ökonomische Bewertung für alle Bereiche und deren Interaktion*. <https://www.klimafonds.gv.at/wp-content/uploads/sites/6/Coinberblickv2020012015.pdf> [zuletzt aufgerufen: 06.10.2019]

Brand, Ulrich: *Postwachstum und sozial-ökologische Transformation: Wege aus der multiplen Krise? Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung "Leben in Zeiten der Multiplen Krise" im Wintersemester 2015/16 an der Uni Kassel*: https://www.youtube.com/watch?v=hYksvhD1n_w&feature=youtu.be [zuletzt aufgerufen: 20.03.2017]

Brandenburger Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationstage: *Begrifflichkeiten Globaler Süden/Globaler Norden*. <http://www.brebit.org/Page0/Begrifflichkeiten/Globaler-Sueden-Globaler-Norden.html> [zuletzt aufgerufen: 30.05.2017]

Brot für die Welt: *Fluchtursache Klimawandel*. <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/fluchtursachen/fluchtursache-klimawandel/> [zuletzt aufgerufen: 06.10.2019]

Bundesjugendvertretung: **Positionspapiere zu den Themen „(Vor-)Schulische Bildung“, „Jugend und Arbeitsmarkt“, „Hochschulbildung“, „(Demokratie-)Politische Bildung“, „Verteilungsgerechtigkeit“, „Pensionen“**, www.bjv.at [zuletzt aufgerufen: 20.03.2017]

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: *Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des Freiwilligen Engagements in Österreich*, 2015.



https://www.sozialministerium.at/site/Service_Medien/Infomaterial/Downloads/2_Freiwilligenbericht_2015 [zuletzt aufgerufen: 30.05.2017]

Bundesministerium für Bildung: *Umweltbildung.*

<https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/prinz/ub/umweltbildung.html> [zuletzt aufgerufen: 30.05.2017]

Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus: *Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2017* <https://www.bmnt.gv.at/umwelt/abfall-ressourcen/bundes-abfallwirtschaftsplan/BAWP2017-Final.html> [zuletzt aufgerufen: 05.11.2019]

Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus: *Lebensmittel sind kostbar!* https://www.bmnt.gv.at/service/bildungsmaterialien/Lebensmittel/kostbare_lebensm.html [zuletzt aufgerufen: 05.11.2019]

Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus: *Leitfaden „Jugendmobilität“.* September 2009. <https://www.bmnt.gv.at/dam/jcr:294826b3-00ae-421c-b1e5-a788ae02c130/Leitfaden%20Jugendmobilit%C3%A4t.pdf> [zuletzt aufgerufen: 05.11.2019]

Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus: *Studie „Jugend-STIL in die Verkehrsplanung“.* 2009. https://www.bmnt.gv.at/dam/jcr:22110791-08cf-48a8-995f-adbab8654dcd/Studie%20Jugend-Stil%20in%20die%20Verkehrsplanung_oHBM.pdf [zuletzt aufgerufen: 05.11.2019]

Deutsches Jugendrotkreuz: *Positionspapier „Bildung zur nachhaltigen Entwicklung“.* 2012. http://www.jugendrotkreuz.de/fileadmin/user_upload/00-Aktuelles/Positionspapier.pdf [zuletzt aufgerufen: 07.03.2017]

Global Education Week: *Globales Lernen - ein Bildungskonzept mit Zukunft.* <http://www.globaleducationweek.at/globales-lernen-ein-bildungskonzept-mit-zukunft> [zuletzt aufgerufen: 30.05.2017]

Greenpeace: *Nachhaltigkeitsbarometer 2015 – Nachhaltigkeit bewegt die jüngere Generation.* http://www.greenpeace.de/files/publications/nachhaltigkeitsbarometer-2015-zusammenfassung-greenpeace-20160113_0.pdf [zuletzt aufgerufen: 30.05.2017]

Kromer, Ingrid/Oberhollenzer, Notburga: *NÖ Jugendstudie 2004: Vom Umweltinteresse zum nachhaltigen Lebensstil.* 2004. <http://www.umweltbildung-noe.at/upload/files/Studien/NoeJugend-Umwelt-Studie2004.pdf> [zuletzt aufgerufen: 07.03.2017]

Strategie Globales Lernen – Das Portal für Globales Lernen in Österreich: <http://www.globaleslernen.at/aktivitaeten/globales-lernen.html> sowie <http://www.globaleslernen.at/strategie-globales-lernen/formales-bildungswesen.html> [zuletzt aufgerufen: 30.05.2017]



Tully, Claus/Krug, Wolfgang: *Konsum im Jugendalter. Umweltfaktoren, Nachhaltigkeit, Kommerzialisierung*. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag, 2011.

Tully, Claus: *Nachhaltiger Konsum*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: *Wohlstand ohne Wachstum?* 62. Jahrgang, 27-28/2012.
http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2012-27-28_online.pdf [zuletzt aufgerufen: 20.03.2017]

Vereinte Nationen: *Agenda 21*. New York, 1992.
http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf [zuletzt aufgerufen: 20.03.2017]

Vereinte Nationen: *Konvention über die Rechte des Kindes*. New York, 26. Jänner 1990.
<http://www.kinderrechte.gv.at/kinderrechekonvention/rechtsdokumente/> [zuletzt aufgerufen: 20.03.2017]

Vereinte Nationen: *Sustainable Development Goals*. New York, 25. September 2015
<http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/> [zuletzt aufgerufen: 20.03.2017]

Verkehrsclub Österreich: *Factsheet zum Thema „Regionale Zentren brauchen mehr nachhaltige Mobilität“*. <https://www.vcoe.at/news/details/vcoe-factsheet-2016-06-regionale-zentren-brauchen-mehr-nachhaltige-mobilitaet> [zuletzt aufgerufen: 20.03.2017]

Wiener Stadtwerke: *Modal Split*.
<http://www.nachhaltigkeit.wienerstadtwerke.at/daseinsvorsorge/oepnv/modal-split.html> [zuletzt aufgerufen: 20.03.2017]

WWF Österreich: *Fact Sheet zu den March-Thaya-Auen*. 2010.
http://www.wwf.at/de/view/files/download/forceDownload/?tool=12&feld=download&sprach_connect=1555 [zuletzt aufgerufen: 20.03.2017]

WWF, Global 2000, Greenpeace: *Energie- und Klimazukunft Österreich: Szenario für 2030 und 2050*.
https://www.global2000.at/sites/global/files/Energie_und_Klimazukunft_Oesterreich_2017.pdf [zuletzt aufgerufen: 19.05.2017]

